

Berliner Kita-Bündnis Qualität statt Beitragsfreiheit



Seit 2007 besteht das Berliner Kita-Bündnis, ein Zusammenschluss aus 21 verschiedenen Organisationen, darunter Elternvertretungen, Gewerkschaften, kleine und große, freie und kommunale Träger. Am 28. April präsentierte das Bündnis „die nächsten drei Schritte für bessere Kitas in Berlin!“

1,2 Mrd. Euro umfasst der Kita-Etat Berlins. Die Forderungen des Bündnisses, würden sie 1:1 umgesetzt, kosteten rund 200 Mio. Euro mehr. Ohne Frage gut angelegtes Geld, glaubt man den Politikern, dass die Kinder unsere Zukunft seien. Etwa 2.300 zusätzliche Stellen würden benötigt. Aktuell besuchen 145.000 Kinder die Einrichtungen. Bis 2018 hat das Bündnis einen Mehrbedarf an Plätzen für 18.500 Kinder errechnet. 70 Prozent der Ein- bis Zweijährigen besuchen eine Kita, bei den Drei- bis Sechsjährigen sind es sogar 95 Prozent.

Die von SPD-Fraktionschef Raed Saleh angestoßene Debatte, die unter Dreijährigen auch beitragsfrei zu stellen, kommt vor allem bei den Elternvertretern nicht gut an. Bernd Schwarz vom Landeselternausschuss Berliner Kindertagesstätten sprach sich auf der Pressekonferenz gegen eine weitere Beitragsbefreiung aus. Das Geld des bereits weggefallenen Beitrages der über Dreijährigen würde „locker ausreichen“, um die Forderungen des Bündnisses zu finanzieren.

Über finanzielle Verbesserungen, also auch mehr Personal in den Kitas, kann erst wieder 2017 verhandelt werden, wenn es um die Festlegung des so genannten Kostenblatts ab 2018 geht. Bis dahin will das Bündnis für seine Forderungen bei den Politikern werben.

In dem Statement des Kitabündnisses heißt es: „Kindertagesstätten sind die erste Stufe und das Fundament des öffentlichen Bildungssystems. Bildungserfahrungen, die Kinder hier machen, stellen den Ausgangspunkt für die gesamte spätere Entwicklung dar. Darüber muss nicht mehr diskutiert werden. Über die Ausstattung der Kitas schon! Aus-

gerechnet bei den Allerjüngsten spart Berlin am Personal. Aktuelle bundesweite Vergleiche zum Personalschlüssel zeigen, dass Berlin hier weit hinten steht. Die Leitungsausstattung ist schlechter als vor 2003 und Kitaplätze sind in vielen Kiezen weiterhin ein knappes Gut. Diese vordringlichen Probleme müssen auch vordringlich beseitigt werden.

Das Berliner Kitabündnis fordert daher drei Schritte für die nächsten drei Jahre:

1. Die Jüngsten brauchen mehr Erzieher/innen!

Bildungsprozesse benötigen tragfähige Beziehungen zwischen den pädagogischen Fachkräften und jedem einzelnen Kind. Besonders die jungen Kinder benötigen eine sichere emotionale Bindung an eine Bezugsperson und sind darauf angewiesen, dass ihre Signale verstanden werden und angemessen darauf reagiert wird. Dies können Erzieher/innen nur leisten, wenn sie sich nicht um zu viele Kinder gleichzeitig kümmern müssen.

Wir fordern deshalb: Eine Erzieherin soll für nicht mehr als vier Kinder unter drei Jahren zuständig sein. In einem ersten Schritt soll dazu eine Verbesserung der gesetzlichen Fachkraft-Kind-Relation bei Kindern unter 3 Jahren um jeweils ein Kind erfolgen.

2. Gute Kita braucht gute Leitung!

Die Aufgaben der Kita-Leitungen sind in den vergangenen Jahren noch umfangreicher, vielfältiger und anspruchsvoller geworden. Von der Organisation des Betriebs über die Qualitätsentwicklung bis zur Personalführung, von der konzeptionellen Weiterentwicklung des Bildungsangebots über die Zusammenarbeit mit den Familien bis zu Kooperationen im Sozialraum: Kita-Leitungen haben alle Aufgaben von Führungskräften sozialer Organisationen.

Das aktuelle Berliner Bildungsprogramm benennt konkrete Qualitätsansprüche für Kita-Leitung, die nur dann umgesetzt werden können, wenn genug Zeit dafür zur Verfügung steht.

Wir fordern deshalb die Freistellung für Kita-Leitungen im Umfang einer Vollzeitstelle ab einer Anzahl von 80 Plätzen (bisher 120).

3. Berlin braucht Kitaplätze!

Die wachsende Stadt, die steigende Kitanutzung, mehr Kinder aus Flüchtlingsfamilien und spätere Einschulung – viele Faktoren erzeugen einen wachsenden Platzbedarf. Eltern haben dadurch immer weniger Möglichkeiten, unter verschiedenen Konzepten und Einrichtungen für ihr Kind zu wählen. Ihr Wunsch- und Wahlrecht muss aber endlich wieder

gewährleistet werden. Außerdem müssen auch bisher schlechter versorgte Stadtteile verstärkt bedacht werden.

Wir fordern deshalb, dass die Investitionen in den Kitaplatzausbau durch das Land Berlin verstärkt werden. Instrumente und Verfahren müssen überprüft, bestehende bürokratische Hürden beseitigt werden.

Die Umsetzung dieser Forderungen drängt. Wir fordern vom Senat und den Parteien die Aufstellung konkreter Zeitpläne und eine Umsetzung bis spätestens Ende des Jahres 2017. Die Berliner Kinder haben einen Anspruch darauf!“

Um neue Kita-Plätze zu schaffen, werden neue Kindertagesstätten benötigt. Das dürfte keine leichte Aufgabe sein. Hier ist jedoch ein richtiger Schritt in die richtige Richtung getan worden. Sanierungsbedürftige Gebäude auf landeseigenen Grundstücken, in denen eine Kita betrieben wird oder werden soll, können Kita-Träger künftig unter günstigen Bedingungen in Erbbaupacht erwerben, meldet heute der Tagesspiegel.

„Die Zinslast wird von 6,5 Prozent vom Grundstückswert auf einen Euro pro Jahr gemindert, teilte die Jugendverwaltung am Montag dem Tagesspiegel mit. Zudem werde der Kaufpreis des Bauwerks gestundet, solange eine Kita betrieben werde. Vorausgegangen waren jahrelange Verhandlungen zwischen Senat, Bezirken und Abgeordnetenhaus. Diese Regelung sei ein ‚wichtiger und überfälliger Schritt‘, kommentierte Martin Hoyer vom Paritätischen Wohlfahrtsverband die Nachricht.

Diese Entscheidung sei eine ‚Sensation‘, lobte der Geschäftsführer des evangelischen Trägers Christburg Campus, Wolfgang Stock, den Durchbruch. Nun sei der Weg frei für Investitionen in die längst geplante Kita in Hellersdorf. Derartige Investitionen wurden jahrelang blockiert, weil die Träger die Immobilien unter den bisherigen Bedingungen nicht beleihen konnten. Jugendsenatorin Sandra Scheeres (SPD) sagte auf Anfrage, mit den ‚privilegierten Erbbaurechten‘ leiste das Land einen ‚wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Kita-Rechtsanspruchs‘.“

Zusammenstellung: Ed Koch